

Inhaltsverzeichnis:

SPD diskutiert "Zukunft der Arbeit"

Seite 2

Rettungsschirm für Kommunen - SPD legt Konzept vor

Seite 3

Letzte Nachricht: Equal Pay Day am 26. März

Seite 4

Brief aus Berlin



Newsletter von Brigitte Zypries direkt gewählt - direkt erreichbar www.brigitte-zypries.de







Liebe Leserin, lieber Leser,

wie Sie sehen, erscheint der *Brief aus Berlin* in neuem Gewand - doch nicht nur äußerlich gibt es Neues: Zukünftig werde ich Sie in jeder Sitzungswoche am Dienstagnachmittag über Aktuelles aus dem Bundestag informieren. Neben politischen Themen möchte ich auch über andere interessante Dinge berichten - mit meinem persönlichen *Berlin-Tipp* beispielsweise über Ausstellungen oder Ausflugsziele in Berlin. Außerdem wird es Hinweise auf wichtige Termine und Veranstaltungen geben und den einen oder anderen Surf-Tipp für das Internet.

Der Bundestag verabschiedet sich nun erst einmal in die Osterpause, die nächste Sitzungswoche beginnt am 19. April. Ich werde für ein paar Tage nach China fahren.

Ihnen und Ihrer Familie wünsche ich nun ein paar schöne und erholsame Ostertage - genießen Sie die Sonne, die hoffentlich scheinen wird!

Herzliche Grüße aus Berlin



Brief aus Berlin



Mein Berlin-Tipp

"Bestiarium" im Hamburger Bahnhof

Noch bis zum 6. Juni gibt es Museum für Gegenwart im Hamburger Bahnhof Walton Fords "Bestiarium" zu sehen. Die Ausstellung zeigt fünfundzwanzig großformatige, bis zu drei mal vier Meter messende Tieraquarelle, mit denen der Künstler auf fantastische Weise naturwissenschaftliche Zeichnungen des 18. und 19. Jahrhunderts zitiert. Ein Besuch lohnt sich!

Mehr unter http://www.smb.museum/ smb/hbf/text.php

"Zukunft der Arbeit" - wie wollen wir zukünftig arbeiten?

Mit dem Beschluss "Fairness auf dem Arbeitsmarkt" hat das SPD-Präsidium Mitte März ein Papier vorgelegt, das Ausblicke und Ziele für Reformen auf dem Arbeitsmarkt zusammenstellt. Das vollständige Papier gibt es unter www.spd.de.

Eine der Leitideen ist es, in Deutschland eine "neue Kultur der Arbeit" zu etablieren. Wir müssen die Frage beantworten, wie Arbeit im Jahre 2020 aussehen kann. Was ist ein "gute" Arbeitsplatz und wie wollen wir "gute" Arbeit entlohnen - diese beiden Dinge werden zentral in der Diskussion der nächsten Monate und Jahre sein. Wir stehen dabei auch vor der Herausforderung, dem drohenden Fachkräftemangel entgegenzutreten. Auch wenn wir uns das heute vielleicht nur schwer vorstellen können: Bereits in 20 Jahren fehlen in Deutschland 2,4 Millionen Hochqualifizierte (Prognos-Studie 2010). Gleichzeitig müssen Arbeitsuchende mit geringer Qualifikation in den Mittelpunkt der Bemühungen gestellt werden. Für beides gilt: Nur durch stetige Aus- und Fortbildung können Menschen in die Lage versetzt werden, den passenden Arbeitsplatz zu finden. Zur neuen Kultur der Arbeit gehört auch eine gerechte Entlohnung - jeder und jede muss die Möglichkeit haben, aus seiner Arbeit den eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten. Wir dürfen daher nicht locker lassen und müssen die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von mindestens 7,50 Euro auch von der schwarz-gelben Bundesregierung immer wieder einfordern.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird bis zum Sommer 2011 in Werkstattgesprächen die "Zukunft der Arbeit" mit Vertretern aus Gewerkschaften, Wirtschaft und Wissenschaft diskutieren. Unser Ziel ist es, gemeinsam mit Experten aus der Praxis eine konzeptionelle Grundlage für unsere zukünftige Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik zu erarbeiten. Sie sind herzlich eingeladen mit zu diskutieren!



Termine

Biblis wird umzingelt!

Am 24. April findet ein bundesweiter Anti- AKW- Aktionstag statt. Die zentrale Aktion ist eine 120 km lange Menschenkette zwischen den Atomkraftwerken Krümmel und Brunsbüttel.

In Hessen gibt es eine große Demonstration in Biblis: Das dortige AKW soll umzingelt werden! Ab 14 Uhr startete die Aktion unter dem Motto Atomkraft abschalten!

Mehr Informationen gibt es unter www.ausgestrahlt.de oder www.spd-hessensued.de





"Rettungsschirm für Kommunen" - SPD legt Gesetzentwurf vor

Schon zu Beginn des Jahres habe ich im *Brief aus Berlin* über die finanzielle Situationen in den Kommunen berichtet. Dieses Thema wird uns - leider - in den nächsten Monaten an vielen Stellen weiter begleiten. Nicht nur das sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz führt bei den Kommunen zu massiven Einnahmeausfällen, auch die angekündigte Steuerreform und die Sparliste von schwarz-gelb werden diese Situation weiter verschärfen. Diskussionen über Änderungen bei der Gewerbesteuer führen darüber hinaus weiter dazu, die Verunsicherung in den Kommunen voranzutreiben.

Um auch in Zukunft starke und handlungsfähige Städte, Gemeinden und Landkreise zu haben, ist die Bundesregierung dringend aufgefordert zu handeln. Die SPD-Bundestagsfraktion hat nun einen Gesetzentwurf vorgelegt, der konkrete Maßnahmen vorschlägt, um sowohl kurzfristig wie auch mittelund langfristig die Situation in den Kommunen zu verbessern und sie wieder auf eine stabile Finanzgrundlage zu stellen (Bundestagsdrucksache 17/1152).

Wir wollen mit dem "Rettungsschirm für Kommunen" dafür sorgen, dass Städte, Gemeinden und Landkreise weiterhin die öffentlichen Daseinsvorsorge sicherstellen können. Kommunen sollen Kinder betreuen und für Sicherheit sorgen, Schulen sanieren und Abwasser beseitigen, Sozialhilfe zahlen, Jugendhilfe und Jugendarbeit mitfinanzieren, einen Öffentlichen-Personennahverkehr zu bezahlbaren Preisen anbieten, Menschen mit Behinderungen und Pflegebedürftigen zur Seite stehen, die Kultur fördern und mit Investitionen das örtliche Handwerk stärken – kurzum ein attraktives Umfeld vor Ort garantieren. Und dafür benötigen sie die entsprechenden finanziellen Mittel.

Uns muss klar sein: Was jetzt an kommunaler Infrastruktur "kaputt gespart" wird, braucht sehr lange Zeit, bis es strukturell wieder aufgebaut werden kann. Und die Folgekosten der daraus entstehenden Probleme zum Beispiel durch Kürzungen im kulturellen Bereich oder bei Vereinen werden höher sein, als die heute getätigten Investitionen, da bin ich sicher. Deshalb ist der "Rettungsschirm für Kommunen" so wichtig!



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB Platz der Republik 1 11011 Berlin



Letzte Nachricht: Equal Pay Day am 26. März

Wie schon im letzten Brief aus Berlin gehört auch diese "Letzte Nachricht" den Frauen: Am 26. März 2010 ist Equal Pay Day! Bundesweit machen viele Projekte und Aktionen unter dem Motto "Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit" darauf aufmerksam, dass Frauen nach wie vor durchschnittlich 23% weniger Entgelt bekommen als Männer. Das bedeutet: Erst ab dem 26. März jeden Jahres arbeiten Frauen "in die eigene Tasche"! Das sichtbare Zeichen für alle, die das Ziel der Lohngleichheit unterstützen wollen, ist eine signalrote Tasche.

In Berlin gibt es eine große Kundgebung am Brandenburger Tor und in Darmstadt ruft das Darmstädter Frauennetzwerk zu einer Aktion auf. Mehr unter

www.frauenbuero.darmstadt.de .

Liebe Frauen und liebe Männer, macht mit, unterstützt den Equal Pay Day und holt die roten Taschen heraus!



